

Verbandssatzung des Zweckverbands Gruppenklärwerk Aichtal

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines

- § 1 Mitglieder, Aufgabe, Name und Sitz des Verbands
- § 2 Andere Abwasseranlagen
- § 3 Anwendung von Vorschriften des Eigenbetriebsrechts

II. Verfassung, Vertretung und Verwaltung des Verbands

- § 4 Organe des Verbands
- § 5 Verbandsversammlung
- § 6 Aufgaben der Verbandsversammlung
- § 7 Verbandsvorsitzender
- § 8 Verbandsgeschäftsführung
- § 9 Abgrenzung der Zuständigkeiten der Organe

III. Deckung des Finanzbedarfs

- § 10 Allgemeines
- § 11 Betriebskostenumlage
- § 12 Vermögensumlage

IV. Neuaufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern, Auflösung, Satzungsänderungen

- § 13 Neuaufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern
- § 14 Auflösung des Verbands
- § 15 Satzungsänderungen

V. Sonstiges

- § 16 Öffentliche Bekanntmachungen
- § 17 Schlussbestimmungen

Aufgrund von § 21 Abs. 2 i. V. mit § 20 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) in der Fassung vom 16. September 1974 (GBl.S.408, ber. 1975 S.460, 1976 S.408), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 884) hat die Verbandsversammlung die Verbandssatzung am 12. November 2007 neu gefasst und wie folgt beschlossen:

I. Allgemeines

§ 1 Mitglieder, Aufgabe, Name und Sitz des Verbands

(1) Die Stadt Holzgerlingen, die Gemeinden Schönaich und Weil im Schönbuch (letzte für die Ortsteile Neuweiler und Breitenstein), im folgenden Verbandsmitglieder genannt, bilden unter dem Namen

Zweckverband Gruppenklärwerk Aichtal

einen Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit für Baden-Württemberg (GKZ).

(2) Der Zweckverband hat die Aufgabe, die aus dem Verbandsgebiet anfallenden Abwässer gemeinsam abzuführen und zu reinigen. Zu diesem Zweck erstellt er die erforderlichen Zuleitungssammler und eine Kläranlage und betreibt diese nach den Festlegungen dieser Verbandssatzung.

(3) Weitere Aufgaben des Zweckverbands sind:

- a) der Bau und Betrieb von Regenwasserbehandlungsanlagen auf dem Gelände der Kläranlage und
- b) die Betreuung und Überwachung von Regenwasserbehandlungsanlagen im Verbandsgebiet.

(4) Der Zweckverband, im folgenden Verband genannt, hat seinen Sitz in Schönaich.

§ 2

Andere Abwasseranlagen

(1) Der Bau und die Unterhaltung der Ortskanalisationen sowie die zugehörigen Regenwasserbehandlungsanlagen auf den jeweiligen Gemeindegebieten sind Sache der Verbandsmitglieder. Vor wesentlichen Änderungen ihrer Anlagen, die auf den Betrieb der Anlagen des Verbands wesentlichen Einfluss haben, ist die Zustimmung des Verbands erforderlich.

(2) Den Anlagen des Verbands darf nur solches Abwasser zugeführt werden, das der Reinigungskraft seiner Anlagen entspricht. Erforderlichenfalls sind den einzelnen Abwassereinleitern unter Zugrundelegung der wasserrechtlichen Vorschriften über die Einleitung von Abwasser aus der Kläranlage des Verbands in den Vorfluter entsprechende Auflagen zu machen. Diese Verpflichtung umfasst auch Anlagen, die dazu dienen, eine Schädigung der Anlagen des Verbands zu verhindern.

(3) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, die zum Schutz der Anlagen des Verbands und deren Betrieb erforderlichen Vorschriften (Entwässerung) zu erlassen und Gesuche um Anschluss an die öffentlichen Entwässerungsanlagen dem Verband vorzulegen, wenn eine Vorbehandlung der Abwässer notwendig werden kann.

(4) Die Verbandsmitglieder dürfen den Zuleitungssammlern des Verbands aus den Ortsentwässerungsanlagen nur soviel Regenwasser zuleiten, wie die Zuleitungssammler ableiten und die Kläranlage des Verbands aufnehmen kann.

§ 3

Anwendung von Vorschriften des Eigenbetriebsrechts

(1) Auf die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung sowie das Rechnungswesen des Verbands finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften unmittelbar Anwendung.

(2) Von der Festsetzung eines Stammkapitals wird abgesehen.

II. Verfassung, Vertretung und Verwaltung des Verbands

§ 4

Organe des Verbands

Die Organe des Verbands sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsitzende und der
- c) Betriebsleiter mit der Bezeichnung Geschäftsführer

§ 5

Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Verbandsgemeinden und der in der nachstehenden Tabelle verzeichneten Zahl von weiteren Mitgliedern, die von den Verbandsgemeinden entsandt werden. Die Verbandsmitglieder haben in der Verbandsversammlung die in der nachstehenden Tabelle genannte Zahl von Stimmen:

Stadt/Gemeinde	Zahl weitere Mitglieder	Zahl der Stimmen
Holzgerlingen	6	7
Schönaich	6	7
Weil im Schönbuch	2	3

(2) Für die Wahl der weiteren Mitglieder und deren Stellvertreter sowie deren Rechtsverhältnisse gilt § 13 GKZ. Die weiteren Vertreter werden nach jeder regelmäßigen Gemeinderatswahl vom Gemeinderat ihrer Gemeinde neu gewählt. Scheidet ein als weiterer Vertreter gewähltes Gemeinderatsmitglied vorzeitig aus dem Gemeinderat aus, endet damit auch seine Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung. Bis zur nächsten Gemeinderatswahl ist ein Nachfolger zu wählen.

(3) Der Bürgermeister eines Verbandsmitglieds wird bei Verhinderung durch seinen allgemeinen Stellvertreter vertreten. Für den Verhinderungsfall der weiteren Vertreter ist von den Verbandsmitgliedern jeweils ein Stellvertreter zu bestellen.

(4) Die Stimmen eines Verbandsmitglieds können nur einheitlich abgegeben werden.

(5) Die Verbandsmitglieder können ihren Vertretern Weisungen für die Stimmabgabe erteilen.

(6) Für die Sitzungen der Verbandsversammlung, für die Verhandlungsleitung, den Geschäftsgang, die Beschlussfassung und die Niederschrift gelten sinngemäß die Vorschriften der Gemeindeordnung (GemO) mit folgenden Ausnahmen oder Besonderheiten:

- a) Die Sollvorschrift in § 34 GemO, mindestens einmal im Monat zu einer Sitzung einzuberufen, ist nicht anzuwenden.
- b) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter mehr als die Hälfte der Gesamtstimmenzahl der Verbandsversammlung vertreten.
- c) Die Niederschrift über die Verhandlungen der Verbandsversammlung (GemO § 38) ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Sie ist der Verbandsversammlung bei der nächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen. Der Schriftführer wird von der Verbandsversammlung bestimmt.

§ 6

Aufgaben der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist für alle den Verband berührenden Angelegenheiten zuständig soweit nicht die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden oder des Geschäftsführers nach den gesetzlichen Vorschriften oder nach § 9 dieser Satzung gegeben ist.

(2) Für den Baubeschluss über Neu- und Erweiterungsbauten ist ein einstimmiger Beschluss der Verbandsversammlung erforderlich soweit die Verbandsversammlung nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 a dieser Satzung dafür zuständig ist.

§ 7

Verbandsvorsitzender

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Verbandsvorsitzenden und seine 2 Stellvertreter auf sechs Jahre. Scheidet ein Gewählter aus der Verbandsversammlung aus, so endet auch sein Amt als Vorsitzender oder Stellvertreter. Für den

Rest der Amtszeit wird jeweils ein Ersatzmann gewählt. Bis zur Neuwahl nach Satz 1 nehmen der bisherige Vorsitzende und sein Stellvertreter ihr Amt weiter wahr.

§ 8 Verbandsgeschäftsführung

(1) Die Verbandsversammlung bestellt einen Betriebsleiter nach den §§ 4 - 6 des Eigenbetriebsgesetzes mit der Bezeichnung Geschäftsführer im Rahmen einer Nebentätigkeit.

(2) Die Gemeinde Schönaich stellt im Weg der Verwaltungsleihe gegen Kostenersatz Personal zur Verfügung. Die Höhe des Kostenersatzes wird von der Verbandsversammlung beschlossen. Der Verband kann auch eigenes Personal haben.

§ 9 Abgrenzung der Zuständigkeiten der Organe

(1) Die in der nachstehenden Tabelle in den Spalten 3 bis 6 genannten Organe entscheiden in den in Spalte 2 genannten Angelegenheiten im Rahmen der dort genannten Werte, Leistungen, Gegenleistungen, Beträge, Entgelte, Kosten (Wertgrenzen). Die Abkürzung T€ bedeutet 1.000 €.

Nr.	Angelegenheit	Geschäftsführer	Verbandsvorsitzender		Verbandsversammlung
		bis zu T€	mehr als T€	bis zu T€	mehr als T€
1	2	3	4	5	6
1	Erwerb und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, bei einer Gegenleistung für den Erwerb oder die Veräußerung im Einzelfall	10	10	50	50
2	Erwerb und Veräußerung anderer Gegenstände des Anlagevermögens, bei einer Gegenleistung für den Erwerb oder die Veräußerung im Einzelfall	10	10	100	100
3	a) Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und Genehmigung der Bauunterlagen, Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie Bewirtschaftung sonstiger Mittel im Rahmen des Vermögensplans bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtkosten im Einzelfall	10	10	100	100
	b) Vergabe von Aufträgen im Rahmen genehmigter Kostenanschläge und im Rahmen des Vermögensplans aufgrund öffentlicher Ausschreibung nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen oder für Leistungen bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtkosten im Einzelfall	10	10	250	250

Nr.	Angelegenheit	Geschäftsführer	Verbandsvorsitzender		Verbandsversammlung
			bis zu T€	mehr als T€	
1	2	3	4	5	6
4	Dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die Bestellung anderer Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen in Gewährverträgen sowie den Abschluss der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäfte im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, bei einem Betrag oder Wert im Einzelfall	10	10	50	50
5	Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichen Vermögensgegenständen bei einem jährlichen Nutzungsentgelt von	2	2	10	10
6	Einstellung und Entlassung von Beschäftigten		Hilfs- und Betriebspersonal		Leiter der Kläranlage und Betriebsleiter
7	a) Aufnahme von Krediten im Rahmen der Gesamtkreditermächtigung	100	100	1.000	1.000
	b) Abschluss kreditähnlicher Rechtsgeschäfte im Betrag oder Wert im Einzelfall	2	2	10	10
8	Führung von Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert	2	2	10	10
9	a) Verzicht auf Ansprüche einschließlich des Abschlusses von Vergleichen, bei einem Verzicht im Einzelfall im Betrag	2	2	10	10
	b) Stundung von Ansprüchen im Betrag von	2	2	10	10
10	Zustimmung zu				20
	a) Erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen des Erfolgsplans (soweit sie nicht unabweisbar sind), wenn diese den im Erfolgsplan ausgewiesenen Gewinn oder Verlust verschlechtern um				
	b) Mehrausgaben des Vermögensplans (soweit sie nicht unabweisbar sind) einschließlich Zustimmung zu einer dadurch entstandenen Erhöhung der Kostenanschlagssumme für das einzelne Vorhaben im Betrag				20
	c) über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen				20

(2) Der Verbandsvorsitzende entscheidet in dringenden Angelegenheiten, die nicht bis zu einer Sitzung der Verbandsversammlung aufgeschoben werden können, an deren Stelle. Solche Entscheidungen sind der Verbandsversammlung in der nächsten Sitzung mitzuteilen.

III. Deckung des Finanzbedarfs

§ 10 Allgemeines

(1) Die Verbandsmitglieder haben dem Verband ihr Grundeigentum für die Erstellung der technischen Anlagen, mit Ausnahme des Geländes für die Kläranlage selbst, unentgeltlich zur Verfügung gestellt bzw. für künftige Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, soweit nicht die Verbandsversammlung im Einzelfall etwas anderes bestimmt.

(2) Wird eine Erweiterung der Anlagen infolge von Umständen erforderlich, die ausschließlich auf einem gesteigerten Abwasseranfall oder einer außerordentlichen Abwasserbeschaffenheit einzelner Verbandsmitglieder beruhen, so haben die veranlassenden Verbandsmitglieder die entsprechenden Erweiterungskosten zu tragen.

(3) Soweit durch den Bau von Regenwasserbehandlungsanlagen Beckenvolumen für die einzelnen Verbandsmitglieder errichtet wird, haben die Verbandsmitglieder die Kosten für den Bau und den Betrieb im Verhältnis des errichteten Volumens zu erbringen. Die Kosten für die Einrichtung der Steuer- und Überwachungsanlagen haben die Verbandsmitglieder im Verhältnis der Anschlussmöglichkeiten zu tragen.

(4) Der Verband erhebt von den Verbandsmitgliedern zur Deckung des anderweitig nicht gedeckten Finanzbedarfs folgende Umlagen:

- a) Betriebskostenumlage
- b) Vermögensumlage

Die Verbandsmitglieder haben zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres jeweils ein Viertel der im Haushaltsplan vorläufig festgesetzten Umlagen als Abschlagszahlungen zu leisten.

§ 11 Betriebskostenumlage

Die Betriebskostenumlage wird wie folgt berechnet:

Nr.	Kostenbestandteile	Umlageschlüssel	Bez.*
1	2	3	4
1	Betriebs- und Unterhaltungsaufwendungen einschließlich Verwaltungsaufwand abzüglich Erträge	50 % nach der Einwohnerzahl der einzelnen Verbandsmitglieder gem. § 143 GemO und 50 % nach der von den Verbandsmitgliedern bei der Veranlagung der Entwässerungsgebühren jeweils festgestellten Abwassermenge des vorangegangenen Jahres	M
2	Allgemeine Zinsaufwendungen und Abschreibungen abzüglich allgemeiner Zinserträge und Auflösungen von Zuschüssen	50 % nach der Einwohnerzahl der einzelnen Verbandsmitglieder gem. § 143 GemO und 50 % nach der von den Verbandsmitgliedern bei der Veranlagung der Entwässerungsgebühren jeweils festgestellten Abwassermenge des vorangegangenen Jahres	M
3	Spezielle Zinsaufwendungen und Abschreibungen für die Umbaumaßnahmen im Jahr 1996 abzüglich spezieller Auflösungen von Zuschüssen	Anteile der Verbandsmitglieder unter Berücksichtigung des jeweiligen Landeszuschusses Holzgerlingen: 50,37 % Schönaich: 43,56 % Weil im Schönbuch: 6,07 %	U
4	Betriebskosten der Steuer- und Überwachungsanlagen nach § 10 Abs. 3	Verhältnis der tatsächlichen Anschlüsse	F

* Kurzbezeichnung des Umlageschlüssels

§ 12 Vermögensumlage

(1) Soweit nicht andere Finanzierungsmittel im Vermögensplan zur Verfügung stehen, erhebt der Verband eine Vermögensumlage.

(2) Die Berechnung der Umlage erfolgt entsprechend dem in § 11 dargestellten Umlageschlüssel M.

IV. Neuaufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern, Auflösung, Satzungsänderungen

§ 13

Neuaufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

(1) Die Aufnahme weiterer Gemeinden in den Verband wird in der Regel nur zu Beginn eines Kalenderjahres zugelassen. Das gleiche gilt für das Ausscheiden einer Gemeinde aus dem Verband.

(2) Die Bedingungen, unter denen eine Gemeinde in den Verband neu aufgenommen wird, werden zuvor zwischen dem Verband und ihr schriftlich vereinbart. In der Regel hat die beitretende Gemeinde an den Verband einen Kapitalzuschuss zu zahlen, der im Sinne von § 9 GKZ die Vorteile und Nachteile der Beteiligten in angemessener Weise ausgleichen soll.

(3) Scheidet eine Gemeinde aus dem Verband aus, so gewährt ihr dieser in der Regel eine angemessene Abfindung. Deren Höhe setzt die Verbandsversammlung unter Berücksichtigung des Maßes der bisherigen Beteiligung der ausscheidenden Gemeinde am Verband und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen an der Mitgliedschaft im Verband fest.

§ 14

Auflösung des Verbands

(1) Der Verband kann nur durch einstimmigen Beschluss der Verbandsversammlung aufgelöst werden. Dieser Beschluss bedarf der Zustimmung der Gemeinderäte sämtlicher Verbandsmitglieder.

(2) Bei der Auflösung werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Verbands auf die ihm bei der Auflösung angehörenden Mitglieder aufgeteilt, soweit sie nicht auf andere Rechtsträger, die die Verbandsaufgabe ganz oder teilweise übernehmen, übertragen oder von diesen übernommen werden. Maßstab für die Aufteilung ist der 3-Jahresdurchschnitt der letzten Umlagequoten der Verbandsmitglieder nach dem Umlageschlüssel M lt. § 11.

(3) Für Verpflichtungen des Verbands, die nur einheitlich erfüllt werden können und über die Abwicklung der Auflösung hinauswirken, bleiben die Verbandsmitglieder Gesamtschuldner. Die Erfüllung solcher Verpflichtungen ist, sofern bei der Auflösung nichts anderes vereinbart wird, Aufgabe der Gemeinde Schönaich. Die übrigen Mitglieder haben dieser ihren Anteil nach dem Maßstab des Absatzes 2 zu zahlen.

§ 15

Satzungsänderungen

Die Änderung der Verbandssatzung bedarf eines einstimmigen Beschlusses der Verbandsversammlung.

V. Sonstiges

§ 16 Öffentliche Bekanntmachungen

Die öffentlichen Bekanntmachungen des Verbands erfolgen in den jeweiligen amtlichen Mitteilungsblättern der Verbandsmitglieder.

§ 17 Schlussbestimmungen

Diese Neufassung der Verbandssatzung tritt mit Wirkung vom 01. Januar 2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung in der bisherigen Fassung außer Kraft.